

STRATEGIEN FÜR EINE AMERIKANISCHE VORHERRSCHAFT:

HENRY KISSINGER-ZBIGNIEW BRZEZINSKI-GRAHAM ALLISON

Darüber, dass die USA eine auserwählte Nation sind, sind sich alle einig, zumindest jene, die in ihrem Amt bestätigt werden wollen. Selbst politische Feinde wie Joe Biden und Donald Trump sind sich darüber einig, beide glauben an den „American Exceptionalism“. Für den amtierenden Präsidenten sind die Vereinigten Staaten „The finest and most unique Nation in the World“, wo es nicht auf Religion oder ethnische Zugehörigkeit ankommt, wo nur das Ideal der Gleichheit aller Menschen zählt.

Ähnlich sieht Donald Trump sein Land: „America is the greatest and most exceptional Nation in the History of the World“ ⁽¹⁾.

George W. Bush erklärte schon während seiner Kandidatur für die Präsidentschaft: „Der allmächtige Gott und die Geschichte haben Amerika als Vorbild für die Welt auserwählt“. Er hat dies dann als Auftrag dafür verstanden, anderen Ländern auch mit militärischem Druck amerikanische Werte näher zu bringen. Immer wieder haben sich Patrioten auf den Puritaner und Gouverneur von Massachusetts John Winthrop berufen, der von Amerika, in Anlehnung an die Bibel, als „Shining City on the Hill“ sprach.

Nur Präsident Jimmy Carter wollte seine Mitbürger wachrütteln, als er in einer groß angelegten Rede eine „Crisis of Confidence“ ausrief. Allerdings hatte er dann keine Chance mehr, wieder gewählt zu werden: Sein Gegner Ronald Reagan trat nämlich bei den Wahlen 1980 mit dem Motto an, dass „die Vorsehung Amerika zum größten Land auf der Welt bestimmt hat“.

Auch die Wissenschaft hat die Identität Amerikas immer wieder im „American Exceptionalism“ gesehen. So etwa Abram Van Engen in seinem Werk „City on a Hill: A History of American Exceptionalism“. Zwar gibt es auch hier Ausnahmen, wie etwa den Soziologen Daniel Bell. Dieser hat 1975 über „The End of the American Exceptionalism“ geschrieben. Allerdings hat sein Sohn David A. Bell, Professor in Princeton, mehr als eine Generation später festgestellt, dass der Glaube an ihre besondere Sendung seine Landsleute immer wieder inspiriert hat. Andere, wie

Seymour Martin Lipset, haben sogar Versuche unternommen, die besonderen Vorzüge Amerikas empirisch aufzuzeigen. 2008 hat dann Andrew Bacevich, ein Historiker, der aus dem Militär kommt, sein Buch über „The Limits of Power: The End of American Exceptionalism“ geschrieben. Aber auch er anerkannte sehr wohl die außerordentliche Macht der USA, warnte aber davor, dass der Glaube an die Vorsehung nicht zu Hybris und Imperialismus führen dürfe.

Hier geht es darum, wie führende Vordenker der amerikanischen Außenpolitik die besondere Stellung ihres Landes in einer sich wandelnden Welt, insbesondere angesichts neuer Gegebenheiten, bewahren bzw. ausbauen wollen. Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski waren dabei vor allem auf die Sowjetunion fixiert, Graham Allison stellt die Frage, ob es mit China zu einem Krieg um die Vorherrschaft in der Welt kommen wird

1. Henry Kissinger-der Realist

In seiner Habilitationsschrift „A World restored; Politics of Conservatism in a revolutionary Age“ ⁽²⁾ hat sich Kissinger damit auseinandergesetzt, dass das revolutionäre Frankreich und Napoleon die Legitimität der bestehenden internationalen Ordnung nicht mehr anerkannten; wie das Gleichgewicht der Mächte dadurch zerstört wurde; und was die Grundzüge einer neuen Ordnung in der Welt sein sollten. Unter der Herrschaft Napoleons war es den europäischen Staaten nicht mehr möglich, ihre nationalen Interessen geltend zu machen. Sicher waren nur jene, die sich dem Willen Napoleons unterwarfen. Nach seiner Niederlage in Russland war klar, dass auch ihm Grenzen gesetzt waren, Europa konnte nicht mehr mit Gewalt alleine regiert werden. Nach dem endgültigen Sieg über die Grande Armée sollte ein neues Gleichgewicht der Mächte neue Aggressoren abschrecken. Es ging darum, nach dem Chaos der Napoleonischen Kriege wieder Stabilität in Europa zu schaffen.

Kissinger schildert sehr klar, wie es darum ging, die unterschiedlichen Vorstellungen der Protagonisten auf einen neuen Nenner zu bringen: Napoleon wollte eine Neuordnung mit einer starken Armee schaffen. Der russische Zar Alexander wiederum glaubte an seine göttliche Sendung. Beide waren auf ihre Weise Revolutionäre, weil sie die bestehende Ordnung überwinden und ein neues internationales System schaffen wollten, das ihren eigenen Vorstellungen entsprach. Kissinger hat diese Entwicklung sehr realistisch beurteilt und ist auch später der „Schule der Realisten“ sein Leben lang treu geblieben: Ein Staatsmann soll weder

ein Eroberer, noch ein Prophet sein. Kein Land will auf Dauer von einem anderen abhängig sein. Andererseits erheben Ideologien, die sich selbst als moralisch besser betrachten, den Anspruch der absoluten Vorherrschaft. Staatsmänner wie der englische Außenminister Castelreagh und Metternich andererseits suchen Sicherheit und Stabilität im Gleichgewicht der Mächte. Die neue internationale Ordnung sollte ausgewogen sein zwischen Macht und Moral, zwischen Sicherheit und Legitimität.

Anlässlich seines Todes hat Heinz Gärtner das Leben von Henry Kissinger in „International“ eingehend gewürdigt ⁽³⁾. Hier geht es darum, wie weit Kissinger als Gestalter der amerikanischen Außenpolitik sowie als Berater verschiedener Präsidenten seiner Linie als akademischer Lehrer treu geblieben ist.

Wie schon in seiner Habilitationsschrift vertrat Kissinger dann als akademischer Lehrer die Ansicht, Politik und Diplomatie sollten als Kunst und nicht als exakte Wissenschaft verstanden werden. Verstand, Kreativität und Intuition sollten dabei in realistischer Weise verbunden werden. Es geht bei der Diplomatie also nicht um eine exakte Wissenschaft, bei der Theorien in berechenbarer Weise angewandt werden können. Eine erfolgreiche Außenpolitik müsse darauf ausgerichtet sein, bei verschiedenen Verhandlungen unterschiedliche Möglichkeiten einzusetzen. Letztlich geht es immer wieder darum, ein Gleichgewicht der Mächte als Grundlage der Stabilität herzustellen.

Der Wiener Kongress kann dabei als Vorbild dienen. In diesem Sinne können auch Allianzen gewechselt werden, wenn es das Interesse des eigenen Landes erfordert ⁽⁴⁾. Aufgrund solcher Überlegungen kritisierte Kissinger schon 1955 in seinem Buch „Nuclear Weapons and Foreign Policy“ die damals herrschende US-Atom-Doktrin der „massive retaliation“, weil sie auf „alles oder nichts“ ausgerichtet war. Seine Meinung war, dass es zwischen einem Atomkrieg einerseits und einer totalen Zurückhaltung andererseits Zwischenstufen geben müsse. Auch wenn dieses Buch auf Widerstand stieß, Kissinger hatte damit seinen Ruf als Intellektueller ausgebaut, der darum bemüht war, flexible Lösungen zu finden.

Dass es auch zwischen Harvard-Professoren Eifersüchteleien geben konnte, zeigte sich, als Präsident John F. Kennedy 1961 Kissinger als Berater ins Weiße Haus holen wollte. Sein damaliger Berater für Fragen der nationalen Sicherheit, McGeorge Bundy, der ebenfalls aus Harvard kam, sorgte dafür, dass Kissinger nur eine untergeordnete Rolle blieb. Außerdem kam es zu Meinungsverschiedenheiten

zwischen Kissinger und Kennedy, als dieser glaubte, der Bau der Berliner Mauer würde Spannungen zwischen Ost und West abbauen, während Kissinger der Meinung war, ein härteres Vorgehen würde Chruschtschow zum Einlenken zwingen. Kissinger war überzeugt, eine härtere Haltung würde der Glaubwürdigkeit Amerikas und der Sicherheit Europas eher dienen. Wenn Kissinger großen Einfluss auf Nelson Rockefeller hatte und diesen grundsätzlich für eine moderate Haltung in der Außenpolitik gewinnen konnte, so konnte er durchaus auch für eine härtere Vorgangsweise eintreten, wenn er diese als zweckmäßig erachtete. Auch in seiner persönlichen Haltung konnte er immer wieder differenzieren: so unterstützte er öffentlich den Krieg in Vietnam, während er dem amerikanischen Botschafter in Saigon erklärte, „dass wir diesen Krieg weder gewinnen noch beenden können“ ⁽⁵⁾.

Als Kissinger dann unter Präsident Richard Nixon zunächst als Sicherheitsberater, dann als Außenminister ein entscheidender Gestalter der amerikanischen Außenpolitik wurde, behielt er seine realistische Haltung hinsichtlich der Neugestaltung einer internationalen Ordnung bei. Auch Nixon hatte sehr realistische Vorstellungen, wie eine künftige Welt aussehen sollte: Es ging darum, die durch den Vietnam-Krieg angeschlagene führende Stellung Amerikas wieder herzustellen. Mitten im Kalten Krieg sollte die Grundlage der internationalen Beziehungen ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West sein. Gleichzeitig ging es aber auch darum, darauf zu achten, dass der Einfluss Moskaus in der Welt nicht wächst, ohne dadurch neue Spannungen zu erzeugen. Vor allem bedeutete die Öffnung hin zu einem damals von Mao Tsetung beherrschten China eine Neuorientierung der amerikanischen Sicherheitspolitik.

Dabei war Kissinger der richtige Mann zur richtigen Zeit, der es in besonderer Weise verstand, alle diese Herausforderungen in einer Gesamtstrategie so miteinander zu verbinden, dass es den amerikanischen Interessen entsprach. Als Nationaler Sicherheitsberater hatte er zunächst die Aufgabe, das State Departement, das Pentagon und die Geheimdienste in diese Richtung zu koordinieren. Das war schon deshalb nicht einfach, weil Nixon selbst größte Vorbehalte gegenüber diesen riesigen bürokratischen Institutionen hatte, die schon von ihrem Selbstverständnis her ihre eigene Politik verfolgten. Jedenfalls fand Nixon in Kissinger einen „intellektuellen Partner und ein alter Ego“ bei der Gestaltung der neuen amerikanischen Außenpolitik ⁽⁶⁾.

Kissinger und Nixon waren Realisten. Macht sollte als Basis der eigenen Außenpolitik dienen. Dies im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten, also nicht in einem überzogenen Ausmaß, wie unter Kennedy und Johnson in Vietnam; und auch nicht aus moralischen Gründen, wie es den idealen von Woodrow Wilson entsprechen würde. Verbunden damit war eine gewisse Skepsis gegenüber einer öffentlichen Meinung, die nur allzu leicht manipuliert werden konnte. Kissinger war diesbezüglich wohl auch geprägt von seiner Jugend in der Weimarer Republik, wo Wahlen letztlich zu einem totalitären System führen konnten.

Auf dieser Basis konnten Kissinger und Nixon entscheidende Durchbrüche erzielen, wie etwa die Anerkennung der Volksrepublik China. Dies bedeutete einen doppelten Erfolg in einer Zeit, in der starke Spannungen zwischen Peking und Moskau entstanden. Die eigene Position wurde gestärkt, während die der Sowjetunion geschwächt wurde. Diese Stärkung der eigenen Position war aus der Sicht Kissinger auch notwendig, weil die USA zwar die eigenen wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten weiter steigern konnten, aber das Wachstum anderer Länder, die sich zunehmend vom Zweiten Weltkrieg erholten, noch größer waren. Das ergab letztlich eine relative Schwächung der USA, die dieser Entwicklung Rechnung tragen mussten. Dabei betonte Kissinger immer wieder die Notwendigkeit, mit Gegnern Amerikas zu verhandeln. Mächtige Staaten zu ignorieren wäre „reckless and pointless“, wobei ein starkes Militär durchaus dazu beitragen sollte, die Glaubwürdigkeit Amerikas zu stärken.

In diesem Sinne hat Kissinger regelmäßig, oft wöchentlich, den sowjetischen Botschafter Dobrynin getroffen. Diese Gespräche gewannen wohl auch deshalb eine besondere Bedeutung, weil beide von sich davon überzeugt waren, dass sie die wirklichen Gestalter der Außenpolitik ihres Landes sind. Tatsächlich konnten in dieser Zeit wesentliche Abkommen zwischen Washington und Moskau unterzeichnet werden: Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin; der Vertrag über die Nicht-Verbreitung von Atomwaffen; Abrüstungsverträge und vor allem der erfolgreiche Abschluss der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) im August 1975. Dabei waren die offiziellen Verhandlungen (in Wien oder Genf) oft nur eine „Sideshow“, die Entscheidungen wurden eben bei den Gesprächen zwischen Kissinger und Dobrynin getroffen.

Wie sehr Realpolitik die amerikanische Außenpolitik leitete, ist etwa daraus ersichtlich, dass Kissinger gegenüber dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai einmal betonte, dass auch in den Beziehungen zu den kommunistischen Ländern für die USA das jeweilige Land zählt, nicht die Ideologie. Als Zhou darauf erwiderte, für China ist die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes wichtig, während das Sendungsbewusstsein der USA immer wieder zu Konflikten führt, gab ihm Kissinger recht und sagte: „Wir haben die Hegemonie in der Welt nicht gesucht, das hat sich so ergeben. Unser missionarischer Aktivismus hat immer wieder zu Schwierigkeiten geführt“ ⁽⁷⁾. Kissinger hat eben sehr klar die Grenzen der amerikanischen Macht gesehen, was dann auch die Grundlage der Nixon- Doktrin wurde: Ferne Länder sollten zunächst selbst Anstrengungen unternehmen, sich zu verteidigen. Damit gelang es auch, die amerikanische Außenpolitik wesentlich flexibler zu gestalten, weil es primär nicht mehr um ideologische Differenzen, sondern um nationale Interessen ging.

Das brachte Kissinger auch die Gegnerschaft der ersten Neokonservativen wie Senator Scoop Jackson ein. Kissinger lehnte übertriebenen Idealismus ab, weil er überzeugt war, dass in der realen Welt ein totaler Sieg nicht möglich war. Wenn man die Ideale Wilsons mit Waffengewalt durchsetzen will, vergisst man darauf, was die wirklichen Interessen des eigenen Landes sind, schreibt Kissinger in seinen Memoiren ⁽⁸⁾. In diesem Sinne hat sich Kissinger gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion ausgesprochen und Präsident Ford abgeraten, den prominenten Regimekritiker Solschenizyn zu empfangen. Wenn diese Politik dann zur KSZE führte und diese wiederum über die Anerkennung der Menschenrechte wesentlich zu den Umwälzungen in Osteuropa beitrug, kann das wohl als „List der Geschichte“ bezeichnet werden.

Aber trotz aller Anfeindungen, denen Kissinger ausgesetzt war, suchten auch Präsidenten nach seiner Zeit als Außenminister immer wieder seinen Rat. Dabei hat er stets betont, dass die Vorstellungen der Neokonservativen, man könnte die eigenen Werte anderen aufzwingen, genauso unrealistisch sind wie zu glauben, die eigene Macht hätte keine Grenzen ⁽⁹⁾. Die internationalen Beziehungen brauchen vielmehr Kompromisse und Koexistenz. In diesem Sinne hat Kissinger seine Meinung in unzähligen Publikationen dargelegt und den amerikanischen Präsidenten gegenüber geäußert, von George H.W. Bush bis Barack Obama: Eine Außenpolitik

ist dann erfolgreich, wenn Verhandlungen so geführt werden, dass man auch anderen Rechte zugesteht und die bewaffnete Macht das letzte Mittel ist, das eingesetzt wird. Kissinger stand mit seinem Realismus für Kontinuität, eine pragmatische Politik, die Lehren der Geschichte und dafür, dass Ziele Zeit brauchen. Letztlich sind es diese Grundlagen, die unsere Welt vom Rande eines Atomkrieges, wo wir jetzt stehen, zurückbringen könnten.

2. Zbigniew Brzezinski-ein Gleichgewicht der Kräfte genügt nicht

Dass Zbigniew Brzezinski eine andere Vorstellung als Kissinger davon hatte, wie die amerikanische Vorherrschaft in der Welt abgesichert werden kann, hat er insbesondere in seiner Abhandlung „The Balance of Power Delusion“ im Jahre 1972 dargelegt, also in einer Zeit, in der Kissinger im „Gleichgewicht der Kräfte“ die Grundlage seiner Außenpolitik sah. Brzezinskis Überlegungen sind dann als Buch in verschiedenen Ländern erschienen, in Frankreich etwa unter dem Titel „Illusions dans l'équilibre des puissances“ ⁽¹⁰⁾.

Die Kritik Brzezinskis zielte einmal darauf, dass die Verhältnisse während des Kalten Krieges nicht jenen nach dem Wiener Kongress entsprachen und die USA daher bemüht sein sollten, eine Vorherrschaft zu erreichen, nicht ein Gleichgewicht. Nach dem Wiener Kongress hat es eine wirkliche Multipolarität als Grundlage des europäischen Gleichgewichts gegeben. Deshalb konnte dieses System auch als stabil angesehen werden. Das während der 1970er Jahre bestehende „Gleichgewicht des Schreckens“ hingegen wurde alleine von den USA und der Sowjetunion dominiert. Nur sie bestimmten das politische, wirtschaftliche und militärische Geschehen. Sie waren allen anderen Staaten machtpolitisch und wirtschaftlich überlegen und waren auf deren Zustimmung oder Ablehnung nicht angewiesen.

Außerdem waren die europäischen Eliten zurzeit und nach dem Wiener Kongress homogen, getragen von einer in sich geschlossenen Aristokratie und einer gemeinsamen Ideologie. Französisch als gemeinsame Sprache der Diplomaten war auch ein Symbol für eine Wertegemeinschaft. Der Kalte Krieg hingegen war geprägt von einer harten ideologischen Auseinandersetzung, die auch von unterschiedlichen Wirtschaftssystemen und feindlichen militärischen Allianzen bestimmt war. Der Kalte Krieg war eben eine weltweite Auseinandersetzung, bei der es keine gemeinsame Grundlage gab.

Darüber hinaus ortete Brzezinski in der Zeit des Wiener Kongresses und danach eine soziale Harmonie, die es erlaubte, wesentliche gesellschaftliche Probleme gemeinsam zu lösen. Im Gegensatz dazu war die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt von einem raschen Wandel in den verschiedensten Bereichen, den ein statisches Internationales System nicht mehr bewältigen konnte. Darauf ist Brzezinski auch in seinem Buch „Out of Control: Global Turmoil on the Eve of the 21th Century“näher eingegangen ⁽¹¹⁾.

Selbst wenn man diese Auseinandersetzungen zwischen Brzezinski und Kissinger einem intellektuellen Wettbewerb zuordnet, so ergibt sich daraus doch eine nicht unerhebliche Schlussfolgerung: Brzezinski wirft Kissinger vor, dass seine Außenpolitik nicht auf der Höhe der Zeit ist und nicht mit der notwendigen Härte gegen die Sowjetunion vorgeht. Deshalb hätte Kissinger auch mit seiner Vietnam-Politik versagt und den Aufstieg Japans nicht richtig eingeordnet. Amerika müsse vielmehr seiner Sendung gerecht werden und „die Fackel der Freiheit in die Welt tragen“. Tatsächlich aber hätten sich die USA zunehmend der Welt entfremdet, insbesondere gegenüber den gerade unabhängig gewordenen Staaten der Dritten Welt. In diesem Zusammenhang findet Brzezinski harte Worte gegen die außenpolitische Elite der USA, wie etwa die Außenminister Dean Acheson und John Forster Dulles. Diese hätten den stattfindenden Wandel nicht verstanden und waren vielmehr bemüht, der ganzen Welt ihre eigenen Werte aufdrängen zu wollen.

Jedenfalls sollten die USA härter gegen die Sowjetunion vorgehen. Zwar sprach sich auch Brzezinski in Zeiten der atomaren Hochrüstung für einen Dialog mit Moskau aus, den er als Überlebensfrage erachtete. Aber die Detente, die Entspannungspolitik, dürfte nicht einseitig zulasten des Westens gehen, während Moskau gleichzeitig in der Dritten Welt interveniert und erhebliche Gebietsgewinne erzielt. Brzezinskis Ziele waren also sehr ehrgeizig: In den Zeiten nach Vietnam und Watergate wollte er die volle Hegemonie der Vereinigten Staaten wieder herstellen. Diese Vorstellungen sind bei jenen auf Widerstand gestoßen, die, wie der Großmeister der amerikanischen Außenpolitik, Averell Harriman, für bessere Beziehungen zu Moskau eintraten, aber auch dort, wo sich die Regierung von Präsident Carter für Verhandlungen exponierte.

Harriman, der an den Konferenzen zur Neugestaltung Europas nach dem Zweiten Weltkrieg aktiv beteiligt war, sagte ganz offen, dass jemand wie Brzezinski, von polnischer Herkunft, die russisch-amerikanischen Beziehungen nicht objektiv beurteilen könne. Brzezinski antwortete darauf trocken, dass er die Sowjet-Kommunisten mindestens so gut versteht wie der Kapitalist und Millionär Harriman. Tatsächlich hat Brzezinski immer wieder eine harte Haltung gegenüber Moskau gefordert und auch eingenommen, sowie auf eine entscheidende Schwächung Russlands hingearbeitet ⁽¹²⁾.

So hat Brzezinski aktiv daran mitgewirkt, dass die Oppositionsbewegungen dort gestärkt wurden, wo es darum ging, den sowjetischen Einfluss zu schwächen. Später hat er die These vertreten, die Vorherrschaft Russlands in Eurasien würde dadurch massiv geschwächt, wenn es den Einfluss über die Ukraine verliert. Auf jeden Fall sollte Russland ständig unter Druck gesetzt werden.

Als Ende der 1970er Jahre der sowjetische Einfluss in Afghanistan sehr stark wurde, betrieb Brzezinski die Unterstützung der oppositionellen Mudschaheddin, zunächst mit Geld, dann mit Waffen. Nach einem Interview Brzezinskis im *Nouvel Observateur* wurde sogar die Vermutung aufgestellt, diese Unterstützung hätte die Russen erst in die „Afghanistan Falle“ gelockt. Jedenfalls wurde der Sowjetunion in Afghanistan eine ganz entscheidende Niederlage zugefügt, die wesentlich zur Auflösung des Staates beigetragen hat. Später musste sich Brzezinski gegen Anschuldigungen verteidigen, er hätte durch seine Politik zur Stärkung des islamischen Fundamentalismus beigetragen. Dabei ist die Beurteilung seiner Politik nicht immer einfach: So war er einmal gleichzeitig gegen offizielle diplomatische Gespräche mit dem Moskauer Außenministerium; sehr wohl aber für Geheimverhandlungen, die über ihn geführt wurden. Jedenfalls war er es, der Präsident Jimmy Carter stets eine härtere Gangart gegenüber Moskau empfohlen hat.

Diese härtere Haltung zeigte sich, wie gesagt, insbesondere auch in der Unterstützung der Opposition in den kommunistischen Ländern, wie etwa in Polen. Das Ziel war eine Destabilisierung des kommunistischen Blocks. Schon bei den kommunistischen Welt-Jugend- Festspielen in Wien 1959 hat Brzezinski verdeckte Störaktionen geleitet. Nun sollten im Rahmen einer gezielten Strategie entsprechende Aktionen im ganzen Ostblock stattfinden. Diese Politik wurde auch

dadurch angetrieben, dass Neokonservative und Republikaner wie Ronald Reagan kritisierten, die USA wären hinter die Sowjetunion als Nummer Zwei zurückgefallen.

Als die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Polen Ende der 1970er Jahren zu Arbeiterprotesten und zur Gründung der Solidarnosc-Gewerkschaft führten, tat Brzezinski alles, um Druck auf den Kreml auszuüben. Ein sowjetischer Einmarsch wie 1968 in die Tschechoslowakei sollte auf jeden Fall verhindert werden. Brzezinski war in ständigem Kontakt mit der Führung der Solidarnosc, die amerikanischen Gewerkschaften (AFL-CIO) wurden eingeladen, diese zu unterstützen; und auch mit der katholischen Kirche in Danzig wurden enge Kontakte aufgenommen.

Einige der harten Maßnahmen, die Präsident Jimmy Carter veranlasst hat, wurden dann vielfach seinem Nachfolger Ronald Reagan zugeschrieben. Warum? Weil Carter in seine Außenpolitik gespalten war: Sicherheitsberater Brzezinski stand für eine harte Linie, Außenminister Cyrus Vance für Verhandlungen. In diesem Sinne schrieb auch Anatoly Dobrynin in seinen Memoiren: „Zwischen den Mitarbeitern Carters gab es einen ständigen Wettstreit um die Gunst des Präsidenten, gerade was die Sowjetunion betraf. Während sich die amerikanische Regierung offensichtlich darüber einig war, dass Entente sowohl Rivalität als auch Kooperation bedeutete, war man sich nicht einig, welcher Schwerpunkt gesetzt werden sollte. Für den Sicherheitsberater stand stets die globale Auseinandersetzung im Vordergrund, während Vance die grundsätzliche Zusammenarbeit im Auge hatte“ ⁽¹³⁾. Diese Auffassung wurde auch von Vance in seinen Memoiren bestätigt, wobei er dem Sicherheitsberater auch vorwarf, sich zu sehr in die Medien und in die Öffentlichkeit gedrängt zu haben. Letztlich ist der Außenminister auch vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten ⁽¹⁴⁾.

Tatsächlich hatte Brzezinski immer die weltweite Entwicklung und die damit verbundenen Strategien im Auge. So prognostizierte er den wichtigsten Schauplatz für die Auseinandersetzungen der nächsten Jahrzehnte eben in Eurasien, also im Raum zwischen Lissabon und Wladiwostok. Dort würde sich entscheiden, welches Land in Zukunft die Welt führen wird, wobei er der Oberhoheit über die Ukraine eine ganz entscheidende Bedeutung beigemessen hat. Für ihn war die Vormachtstellung über die Ukraine die grundsätzliche Voraussetzung für die Hegemonie in Eurasien. Deshalb müsse alles getan werden, um die Dominanz einer gegnerischen Macht über die Ukraine zu verhindern. Brzezinski kann also durchaus als ein Vordenker für

den Krieg in der Ukraine erachtet werden ⁽¹⁵⁾. Er hat es immer wieder ganz offen gesagt: Ohne die Ukraine ist Russland keine Vormacht mehr.

In diesem Sinne hat Brzezinski die NATO-Osterweiterung als entscheidenden Schritt zur Vorherrschaft in Eurasien gesehen. Das Ende der NATO-Osterweiterung wäre das Ende einer umfassenden amerikanischen Politik für ganz Europa, wobei natürlich auch die Ukraine in die Verhandlungen sowohl mit der Europäischen Union, als auch mit der NATO mit einbezogen werden sollte. Eine Loslösung der Ukraine von Russland wäre schon deshalb ein Erfolg, weil damit dem russischen Sendungsbewusstsein widersprochen wird, Bannerträger der gesamten panslawischen Identität zu sein. Ohne die Ukraine hat Russland keinerlei Chance, das eurasische Reich wiederherzustellen. Darüber hinaus sei Russland nunmehr zu schwach, um den neuen, nach dem Zerfall der Sowjetunion unabhängig gewordenen Staaten, seinen Willen aufzuzwingen ⁽¹⁶⁾. In späteren Publikationen konnte sich Brzezinski durchaus auch in den weiteren Zerfall Russlands vorstellen.

Der gebürtige Pole ging in seiner Gegnerschaft zu Moskau jedenfalls wesentlich weiter als Kissinger. Wenn dieser stets darauf bedacht war, „ein Gleichgewicht der Mächte“ herzustellen, so wollte Brzezinski zunächst das Sowjetsystem unterminieren und nach dessen Zerfall Russland weiter schwächen. Dessen ungeachtet war auch er immer darauf bedacht, mit Moskau eine Gesprächsbasis zu erhalten. Auch er wusste, dass eine Gegnerschaft ohne diese Kontakte eine Eigendynamik entwickeln könnte, die letztlich zum Schaden aller führen würde.

3. Graham Allison und der kommende Krieg gegen China

2017, im ersten Regierungsjahr von Donald Trump, veröffentlichte Graham Allison sein Buch „Destined for War-Can America and China escape the Thucydides Trap?“. Was ist die Kern- Theorie dieses Buches? Vor 2500 Jahren war Sparta die führende Macht in Griechenland. Der rasche Aufstieg von Athen zum neuen Hegemon sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Diese Politik führte zum Peloponnesischen Krieg. Die „Thukydides-Falle“ besteht also darin, dass die Furcht einer führenden Macht vor einem neuen Konkurrenten praktisch zwangsläufig zum Krieg führt, wobei drei Faktoren entscheidend sind: Interessen, Furcht und Ehrgefühl ⁽¹⁷⁾.

Allison analysiert dann 16 Fälle aus den letzten 500 Jahren, in denen eine aufstrebende Macht die herrschende herausforderte; in zwölf davon kam es zum Krieg. Lediglich der Übergang der Führungsrolle von Portugal auf Spanien im späten 15. Jahrhundert und jene von England auf die Vereinigten Staaten zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist friedlich über die Bühne gegangen. Auch während des Kalten Krieges ist es zu keiner großen militärischen Auseinandersetzung gekommen; und auch der Kampf um die Vorherrschaft in Europa zwischen England, Frankreich und Deutschland in den letzten Jahrzehnten ist friedlich verlaufen.

Jetzt kann man natürlich die Frage stellen, wie weit die These von Graham Allison der tatsächlichen Entwicklung des Geschehens entspricht oder doch eher mehr eine schematische Darstellung ist. Hans-Joachim Diesner schildert die Ursprünge des Peloponnesischen Krieges durchaus anders: Nach dem Sieg über die Perser hatten sich Sparta und Athen verbündet, was zu einem Dualismus der beiden griechischen Großmächte führte. Die brüske Zurückweisung der bei der Niederschlagung des Heloten-Aufstandes angebotene Hilfe Athens durch Sparta, führte zur Auflösung des seit 482 v. Chr. bestehenden Bündnisses und zu wachsenden Spannungen zwischen den beiden Mächten. Also gesteigerte Rivalität wegen verletzter Eitelkeit?

Jedenfalls gab es dann zwei große Allianzen in Griechenland: Den Delisch-Attischen Seebund unter der Führung Athens, wobei seine Hegemonie mit der Zeit eine Zwangsherrschaft wurde. Sparta wiederum hatte die Vorherrschaft im Peloponnesischen Bund. Die Gegnerschaft zwischen diesen Bündnissen, so Diesner, hatte auch wesentliche wirtschaftliche Gründe. Griechenland war zu eng geworden, um mehreren expandierenden Mächten zugleich den nötigen Machtzuwachs über Menschen und Räume zu ermöglichen ⁽¹⁸⁾. Der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte wurde intensiviert. Um bei diesem Prozess zu überleben, baute Athen seine Flotte und den Seebund aus. Ökonomische und handelspolitische Überlegungen gingen damit Hand in Hand mit militärischen. Dabei entlud sich der Gegensatz zwischen Athen und Sparta schon in mehreren Kriegen mit begrenztem Umfang nach 460 v. Chr., die zunächst über Bündnispartner ausgetragen wurden.

Ein von Perikles vorgeschlagenes panhellenisches Friedensprojekt scheiterte am Einspruch Spartas, das seine Hegemonie über Süd- Griechenland gefährdet sah. Athen blieb die entscheidende griechische Seemacht, während Sparta die meisten

Territorien Süd- und Mittelgriechenlands beherrschte. Schließlich waren es dann auch die Verbündeten auf beiden Seiten, die auf einen Krieg drängten

Wenn nun Hans-Joachim Diesner eine durchaus andere Erklärung für die Ursachen des Peloponnesischen Krieges hat, der schließlich 431 v. Chr. ausbrach und bis 404 dauerte, ist das für die Erklärung eines künftigen Krieges zwischen den USA und China deshalb nicht entscheidend, weil die These von Graham Allison in führenden Kreisen der USA große Akzeptanz gefunden hat. Tatsächlich präsentiert Allison zahlreiche Fakten für seine Theorie, dass eine aufstrebende Macht eine Gefahr für den herrschenden Hegemon darstellt am Beispiel Chinas. So betrug das chinesische BIP 1980 lediglich \$ 300 Milliarden (7 % des amerikanischen), 2015 jedoch bereits 11 000 Milliarden Dollar (61 % des amerikanischen). Chinas Welthandel stieg im selben Zeitraum von \$ 40 Milliarden auf 4000 Milliarden Dollar; die chinesischen Exporte betrugen dann bereits 151 % der amerikanischen.

Denn in den Jahrzehnten nach 1980 wuchs die chinesische Wirtschaft jährlich um 10 %, was eine Verdoppelung der gesamten Wirtschaftsleistungen alle sieben Jahre bedeutete. In wesentlichen Bereichen hat China bereits die USA überholt: Beim Schiffsbau, bei der Produktion von Stahl und Aluminium, bei Textilien, Mobiltelefonen und Computern. In den letzten Jahren sind dazu noch die „neuen Energien“, die Elektroautos, sowie die Künstliche Intelligenz gekommen. Sollte es China gelingen, seine Arbeitsproduktivität in den nächsten Jahren zu steigern, würde das zu einem BIP führen, dass doppelt so hoch ist wie das amerikanische. Dieser Aufstieg Chinas kann durchaus als furchterregende bezeichnet werden. Aber werden damit jene Voraussetzungen geschaffen, die der „Thukydides Falle“ entsprechen? Es geht nämlich heute meines Erachtens nicht darum, dass China die USA als führende Macht in der Welt ablöst. Die Vereinigten Staaten werden wohl auch in der vorhersehbaren Zukunft die politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell weltweit führende Macht bleiben. Das „amerikanische Modell“ übt nach wie vor eine große Anziehungskraft aus. Es geht also nicht um eine Ablöse in der weltweiten Hegemonie, sondern vielmehr darum, wie weit China aufgrund seiner gestiegenen Stärke im internationalen Geschehen einen bedeutenderen Platz einnimmt als früher.

So sehr dieser dramatische Aufschwung Chinas zunächst auch durch riesige westliche Investitionen ermöglicht wurde, so wurden doch sehr bald auch Befürchtungen dahingehend laut, dass eine neue wirtschaftliche Supermacht China auch eine militärische Bedrohung darstellen könnte. Bereits 2012, als das chinesische Verteidigungsbudget gerade ein Viertel des amerikanischen ausmachte, warnte der Economist davor, dass Peking in 20 Jahren die größte Militärmacht der Welt sein könnte. Diese würde sich dann nicht nur auf die Defensive konzentrieren, sondern etwa im Zusammenhang mit Taiwan auch offensiv vorgehen ⁽¹⁹⁾.

Präsident Donald Trump hat dann 2018 den Handelskrieg erklärt und Zölle über chinesische Einfuhren in Milliardenhöhe verhängt. Der chinesische Präsident Xi hat den USA vorgeworfen, einen „Boxkampf ohne Regeln“ zu führen. Joe Biden hat dann den Wirtschaftskrieg nicht nur intensiviert, sondern auch dem Konflikt um Taiwan eine neue Dimension gegeben. Hatte man sich anlässlich der Normalisierung der Beziehungen mit Peking darauf geeinigt, dass Taiwan ein Teil Chinas ist, so hat Biden nunmehr eine militärische Unterstützung für ein unabhängiges Taiwan nicht mehr ausgeschlossen. Jedenfalls haben die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bemühungen der Biden-Administration, den Aufstieg Chinas einzudämmen, zugenommen.

Der Westen versucht auch, auf China dadurch ständig Druck auszuüben, dass Peking Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang und Tibet, sowie die Verminderung der politischen Rechte in Hongkong vorgeworfen werden. China sollte vielmehr die „westlichen Werte“ übernehmen und sich der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA etablierte Ordnung unterwerfen. Peking wiederum erachte es als Zynismus, wenn die holländische oder die japanische Regierung von Washington angehalten werden, den Verkauf von Halbleitern an China „wegen der Verletzung universeller Werte“ einzustellen.

Tatsächlich ist der Versuch, dem „Reich der Mitte“ westliche Werte aufzuzwingen, schon einmal schief gegangen. Als Jesuiten im 16. und 17. Jahrhundert den Versuch unternahmen, China zu missionieren, fanden ihre Bemühungen auch deshalb Akzeptanz, weil sie versuchten, chinesische Traditionen wie den Ahnenkult oder die Lehre von Konfuzius mit dem christlichen Glauben in Einklang zu bringen. Kaiser Kangxi war von den Jesuiten beeindruckt und erließ 1692 sogar ein Toleranzedikt, das die Anwesenheit der christlichen Europäer durchaus begrüßte. Als dann

allerdings von Rom angeordnet wurde, den christlichen Glauben nur in seiner reinen, westlichen Form zu verbreiten, scheiterte das Projekt kläglich. Heute wird dem Westen von Kritikern vorgeworfen, eine Doppelmoral anzuwenden. China sollte an seinen Leistungen und nicht an seinem politischen System gemessen werden.

Am Beispiel des Peloponnesischen Krieges kann man sehr deutlich sehen, dass verschiedene Ursachen zu einem Krieg führen können: Politische, wie sie Graham Allison hervorhebt, oder wirtschaftliche, wie sie Hans-Joachim Diesner darstellt. Aber Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski haben gezeigt, dass es auch einer harten, aber realistischen Politik gelingen kann, einen großen Krieg zu vermeiden, selbst wenn erhebliche politische und wirtschaftliche Gegensätze bestehen. Wie weit eine absolute amerikanische weltweite Vorherrschaft in einer Zeit bestehen kann, in der sich die Kräfteverhältnisse entscheidend geändert haben, kann natürlich infrage gestellt werden. Als die neue internationale Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg unter Führung der USA aufgebaut wurde, war China in keinem Bereich ein internationaler Player, heute schon. Man kann davon ausgehen, dass diese Entwicklung mit einem steigenden Nationalbewusstsein in China selbst verbunden ist. Dabei kann die Übertragung nationaler Strömungen in die Außenpolitik sowohl als Zeichen einer neuen Stärke gewertet werden, aber auch als der Versuch, innere Schwierigkeiten und Unsicherheiten zu überdecken.

Nun hat der Krieg in der Ukraine sehr deutlich gezeigt, dass sich international ein neues System von Allianzen abzeichnet. Auf der einen Seite besteht der Westen unter Führung der USA darauf, dass die ganze Welt die vom Westen festgesetzten Regeln anerkennt. Auf der anderen Seite sind jene Staaten, die es Russland ermöglicht haben, den Krieg wesentlich länger und intensiver zu führen, als das ursprünglich angenommen wurde. Der französische Finanzminister war nicht der einzige, der mit Nachdruck erklärt hat, Moskau habe keine Chance, den schärfsten Wirtschaftssanktionen zu widerstehen, die die Welt je gesehen hat. Die Länder der neuen Allianz, bei der China eine entscheidende Rolle spielt, können wohl für sich als Erfolg reklamieren, dass es ihnen gelungen ist, einem gewaltigen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck des Westens standzuhalten. In diesem Sinne hat Peking durch den Krieg in der Ukraine bereits gewonnen, weil die USA nunmehr nicht mehr die alleinige Führungsmacht in der Welt sind.

Somit wäre der ganzen Welt sicherlich geholfen, wenn in den nächsten Jahren nicht die Konfrontation, sondern die Kooperation zwischen China und Amerika intensiviert werden könnte. Also die Zusammenarbeit dabei, die Weltwirtschaft möglichst stabil zu halten; das Klima zu schützen und die weitere Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Der Kampf gegen Terrorismus und die internationale Kriminalität bietet sich genauso als Bereiche der Zusammenarbeit an. Schließlich sollte es darum gehen, die Welt zu retten und nicht darum, sie zu zerstören.

ANMERKUNGEN :

- (1) New York Times July 13/14 2024; Is America a City on the Hill or a Nation on the Precipice
- (2) Henry A. Kissinger; A World restored-The Politics of Conservatism in a Revolutionary Age; New York 1964
- (3) Heinz Gärtner; Zum Ableben von Henry Kissinger: Weitsichtiger strategischer Denker mit dunklen kurzsichtigen Flecken; International I/2024
- (4) David Milne; Worldmaking-The Art and Science of American Diplomacy; New York 2015
- (5) Martin Griffiths; Fifty Key Thinkers in International Relations; London 1999
- (6) Elizabeth Borgwart u.a; Rethinking American Grand Strategy; Oxford 2021
- (7) Memorandum for Henry Kissinger; July 29th 1971
- (8) Henry Kissinger; Years of Renewal ; New York 1999
- (9) Barry Gewen; The Inevitability of Tragedy-Henry Kissinger and his World; New York 2020
- (10) Zbigniew Brzezinski; Illusions dans l'équilibre des puissances ; Paris 1977
- (11) Zbigniew Brzezinski ; Out of Control-Global Turmoil on the Eve of the 21th Century; New York 1993
- (12) Justin Vaisse; Zbigniew Brzezinski-America's grand Strategist; Cambridge 2018
- (13) Anatoly Dobrynin; In Confidence-Moscow's Ambassador to America's six Cold War Presidents
- (14) Cyrus Vance; David S. McLellan ; New York 1985
- (15) Justin Vaisse; Zbigniew Brzezinski-America's grand Strategist; Cambridge 2018
- (16) Zbigniew Brzezinski; The Grand Chessboard: American Primacy and Its Goestrategic Imperatives; New York 1997
- (17) Graham Allison; Destined for War; London 2017
- (18) Hans-Joachim Diesner; Kriege des Altertums; Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik; Berlin 1989
- (19) The Economist; China's military rise, April 7th 2012

(*) Dr. Wendelin Ettmayer; Abgeordneter zum Nationalrat a.D.; ehemaliger österreichischer Botschafter in Finnland & Estland; Kanada & Jamaika; beim Europarat; Autor; www.wendelinettmayer.at

